

Deutschland-Münnerstadt: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
OJ S 70/2023 07/04/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Münnerstadt
Postanschrift: Marktplatz 1
Ort: Münnerstadt
NUTS-Code: DE265 Bad Kissingen
Postleitzahl: 97702
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.muennerstadt.de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY6KXD/documents>
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHY6KXD>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:
Offizielle Bezeichnung: Rechtsanwälte Prof. Dr. Rauch & Partner mbB
Postanschrift: Hoppestraße 7
Ort: Regensburg
NUTS-Code: DE232 Regensburg, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 93049
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabeabteilung
E-Mail: vergabe@prof-rauch-baurecht.de
Telefon: +49 94129734-10
Fax: +49 94129734-11
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.prof-rauch-baurecht.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

TNW_Stadt Műnnerstadt_Sanierung und Erweiterung KiGa Groűwenkheim_Objektplanung
Referenznummer der Bekanntmachung: 21/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbűros und Prűfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Stadt Műnnerstadt (Landkreis Bad Kissingen) beabsichtigt den bestehenden katholischen Kindergarten in Groűwenkheim zu sanieren und mittels eines Erweiterungsbaus um weitere Gruppen zu erweitern.

Es werden stufenweise die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 - 9 fűr die Objektplanung Gebűde und Innenrűume gem. § 34 Abs. 3 HOAI 2021, Teil 3 Abschnitt 1 sowie die Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9 des Leistungsbildes Freianlagen gem. § 39 Abs. 3 HOAI 2021, Teil 3 Abschnitt 2 vergeben.

Weiterhin werden die Besonderen Leistungen der Mitwirkung bei der Beantragung und Abrechnung von Fűrdermitteln (inkl. Verwendungsnachweis), der Erstellung eines Brandschutzkonzepts nach AHO inklusive Flucht- und Rettungsplűne sowie Feuerwehrplűne sowie der űberwachung der Műngelbeseitigung innerhalb der Verjűhrungsfrist vergeben. Die Aufzugsplanung (Einhaltung der Barrierefreiheit gem. DIN 18040) soll ebenfalls durch das beauftragte Planungsbűro erfolgen.

II.1.5. Geschűtzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbűros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbűros bei Gebűden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbűros sowie planungsbezogene Leistungen, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbűros sowie Vermessungsdienste, 71251000 Dienstleistungen von Architekturbűros und Bauabnahme, 71210000 Beratungsdienste von Architekten

II.2.3. Erfűllungsort

NUTS-Code: DE265 Bad Kissingen

Hauptort der Ausfűhrung: Kindergarten Groűwenkheim Rhűnstraűe 18 97702 Műnnerstadt
Erfűllungsort fűr die Leistungen des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im űbrigen der Sitz des Auftraggebers.

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Stadt Münnerstadt (Landkreis Bad Kissingen) beabsichtigt den bestehenden katholischen Kindergarten in Großwenkheim zu sanieren und mittels eines Erweiterungsbaus um weitere Gruppen zu erweitern.

Der Kindergarten Großwenkheim liegt im Osten des Stadtgebiets Münnerstadt und besteht aktuell aus einem Gebäude, in dem eine Kindergartengruppe untergebracht ist und zusätzlich eine Mehrgenerationennutzung stattfindet.

Der teilunterkellerte, eingeschossige Massivbau mit ausgebautem Mansardengeschoss und nicht ausgebautem Zeltdach hat eine Grundfläche von ca. 10 x 12 m.

Das Gebäude wurde als Kinderbewahranstalt im Jahr 1911 erbaut und von den Schwestern der Erlöser, deren Schlafräume sich im Obergeschoss befanden, betrieben. Im Jahr 1994 wurde das Gebäude grundlegend umgebaut, nach Norden mit einem erdgeschossigen Sanitär-Anbau erweitert und danach als Kindergarten mit einer Kindergartengruppe und einer Mehrgenerationennutzung weiter betrieben.

Die Erschließung erfolgt über den Haupteingang von Süden. Im Erdgeschoss befinden sich ein Multifunktionsraum und ein Nebenraum, die momentan teilweise fremdgenutzt werden, sowie eine Küche. Im Anbau sind Sanitäranlagen und barrierefreie Toilette untergebracht. Der Ausgang in den Garten erfolgt über den Flur und Garderobenbereich. Das Obergeschoss, in dem sich der Gruppenraum, Nebenräume, Personalräume und die Kinder-WC-Anlage befindet, ist über ein Treppenhaus erreichbar, dessen Zugang im EG durch die Küche führt. Die bereits gebaute Fluchttreppe aus dem Gruppenraum OG ist zwar nach aktueller Überprüfung der Brandschutz- und Statikanforderungen ausreichend, wurde aber nicht genehmigt.

Das Dachgeschoss (Zeltdach mit südlicher Gaube) ist über eine 2x viertel gewendelte, steile Stiege erreichbar. Das Dachgeschoss ist nicht ausgebaut und dient als Lagerfläche. Die Dachkonstruktion ist teilweise schadhaft, die Dämmung ist nicht entsprechend GEG ausgeführt.

Das Untergeschoss ist ebenfalls über das Treppenhaus mit Zugang von der Küche erschlossen. Im Untergeschoss sind Heizraum, Öllager und weitere Lagerräume untergebracht. Auch hier gibt es keine sinnvolle wärmetechnische Trennung der Aufenthaltsräume zu den ungedämmten Kellerräumen und die Brandschutzanforderungen sind nicht erfüllt.

Der Kindergarten soll auf insgesamt zwei Kinderkrippengruppen und zwei Kindergartengruppen erweitert werden. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurden mehrere Erweiterungsvarianten untersucht. Von den drei vorgestellten Varianten wurde sich inzwischen seitens des Auftraggebers (Stadtratsbeschluss) für die Variante 3, den zweigeschossigen Erweiterungsbau auf dem östlichen Grundstück entschieden. Die Varianten 1 und 2 kommen demnach nicht mehr in Betracht. Die Machbarkeitsstudie liegt den Unterlagen bei.

Das Bestandsgebäude soll dabei erhalten und hinsichtlich des Brandschutzes, den Anforderungen des GEGs und der Hygienerichtlinien ertüchtigt werden. Die Vorgaben bzgl. der Kindergartensicherheit und der Barrierefreiheit müssen erfüllt werden. Die Erschließung der Etagen des Bestandsgebäudes soll komplett umgestaltet werden.

Die Erschließung und die Zugangswege müssen dementsprechend neu angeordnet werden und im Außenbereich muss ein separater Spielbereich für die Krippenkinder geschaffen werden.

Es ist beabsichtigt, Fördermittel im Rahmen der FAG-Förderung zu beantragen. Demnach ist das Raumprogramm entsprechend der Förderrichtlinien der Regierung von Unterfranken einzuhalten. Alle fehlenden Räume müssen im neu zu planenden, zweigeschossigen Anbaukörper untergebracht werden.

Laut einer ersten Kostenprognose (Dezember 2022) wird ein erster Kostenansatz von ca. 3,2 Mio. EUR netto (KG 200-700) Gesamtkosten angesetzt. Es wird aktuell nach wie vor noch von Gesamtkosten in Höhe von maximal 4,0 Mio. EUR brutto (KG 200-700) ausgegangen.

Die Planungen für die Sanierung und Erweiterung des Kindergartens Großwenkheim sollen alsbald nach Beauftragung begonnen werden. Es ist eine zügige Umsetzung gewünscht, sodass eine Nutzungsaufnahme im September 2025 möglich ist.

Es werden stufenweise die Grundleistungen der Leistungsphasen 1 - 9 für die Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. § 34 Abs. 3 HOAI 2021, Teil 3 Abschnitt 1 sowie die Grundleistungen der Leistungsphasen 1-9 des Leistungsbildes Freianlagen gem. § 39 Abs. 3 HOAI 2021, Teil 3 Abschnitt 2 vergeben.

Weiterhin werden die Besonderen Leistungen der Mitwirkung bei der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln (inkl. Verwendungsnachweis), der Erstellung eines Brandschutzkonzepts nach AHO inklusive Flucht- und Rettungspläne sowie Feuerwehrpläne sowie der Überwachung der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist vergeben. Die Aufzugsplanung (Einhaltung der Barrierefreiheit gem. DIN 18040) soll ebenfalls durch das beauftragte Planungsbüro erfolgen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/08/2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Es sind insgesamt max. 500 Punkte erreichbar. Je Gliederungspunkt sind max. die angegebenen Punkte erreichbar. Zwischenpunkte werden nicht vergeben. Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit und wenn es dem Auftraggeber objektiv nachvollziehbar nicht möglich ist, den Bewerberkreis anhand der festgelegten Kriterien auf das vorgesehene Maß zu begrenzen, wird die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Losentscheid gem. § 75 Abs. 6 VgV getroffen.

Die Auswahl der Bewerber zwischen der Mindest- und Höchstzahl erfolgt anhand der erreichten Punktzahlen im Rahmen der Auswertung. Sofern hier ein großer Punktabstand erreicht wird, behält sich der Auftraggeber vor, eine geringere Anzahl als die angegebene Höchstzahl zur Angebotsabgabe aufzufordern.

1.) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Gesamtumsatz (netto): Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

50 Punkte: ab 500.000 EUR Umsatz / Jahr

40 Punkte: ab 400.000 EUR Umsatz / Jahr

30 Punkte: ab 300.000 EUR Umsatz / Jahr

20 Punkte: ab 200.000 EUR Umsatz / Jahr

10 Punkte: ab 100.000 EUR Umsatz / Jahr

.
2.) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

2.1.) Bürokapazität / Personalstärke, im Mittel der letzten 3 Jahre

50 Punkte: ab 4 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen

30 Punkte: ab 3 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen

10 Punkte: ab 2 Architekten/-innen / Ingenieuren/-innen

.
2.2.) Referenzportfolio Bewerber (Büro): Gebäude für Betreuung, insbesondere Kindergärten und Kinderkrippen (Sanierungen, Umbauten, Neubauten)

.
Referenzprojekte können eingereicht werden (und werden gewertet), sofern die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) im Zeitraum 01.01.2013 bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Bewerbungsfrist erfolgt ist. [HINWEIS: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen].

Die vier besten Referenzen werden gewertet. Die Referenzen werden jeweils anhand nachstehender Kriterien bewertet. Je Kriterium werden die unten aufgelisteten Punktzahlen vergeben. Pro Referenz können somit maximal 100 Punkte erreicht werden. (Entscheidend ist jeweils die höchste erreichbare Punktzahl je Kriterium.)

.
Kriterium 1: Art der Aufgabenstellung:

- 25 Punkte: Kindergärten, Kinderkrippen, Kindertagesstätten

- 15 Punkte: Sonstige Gebäude aus dem Bereich Ausbildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche

Kriterium 2: Art der Durchführung:

- 20 Punkte: Sanierung mit Erweiterungsbau

- 15 Punkte: Neubau

- 10 Punkte: Sanierung/ Umbau

.
Kriterium 3: Erfahrungen mit Fördermitteln

- 15 Punkte: Erfahrung vorhanden

- 0 Punkte: Keine Erfahrung vorhanden

.
Kriterium 4: Leistungsumfang

- 20 Punkte: mind. 90 % der abgefragten Leistungen in den Leistungsphasen 2-8 des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude u. Innenräume erbracht

- 10 Punkte: mind. 90 % der abgefragten Leistungen in den Leistungsphasen 2-8 des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude u. Innenräume erbracht

.
Kriterium 5: Größenordnung (Projektkosten (KG200-700) ca. 3,2 Mio. EUR netto

- 20 Punkte: Projektkosten (KG 200-700) ab 1,8 Mio. EUR netto

- 10 Punkte: Projektkosten (KG 200-700) zwischen 1,0 Mio. EUR netto und 1,8 Mio. EUR netto

- 0 Punkte: Projektkosten (KG 200-700) unter 1,0 Mio. EUR netto.
.

Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzauskünfte einzuholen. Bei der Wertung der Referenzen finden positive oder negative Auskünfte Berücksichtigung. Bei negativen Auskünften führt dies zu einer geringeren Bewertung dieser Referenz.

Bei Leistungen, die nicht nach der HOAI erbracht wurden (bei Leistungen außerhalb Deutschlands oder durch Büros außerhalb Deutschlands), ist darzulegen, dass die erbrachten Leistungen mit denen der HOAI vergleichbar waren.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung:

Objektplanung Gebäude und Innenräume:

Stufe 1: Leistungsphasen 1 u. 2

Stufe 2: Leistungsphasen 3 u. 4

Stufe 3: Leistungsphasen 5, 6 u. 7

Stufe 4: Leistungsphasen 8 u. 9

Objektplanung Freianlagen:

Stufe 1: Leistungsphasen 1 u. 2

Stufe 2: Leistungsphasen 3 u. 4

Stufe 3: Leistungsphasen 5, 6 u. 7

Stufe 4: Leistungsphasen 8 u. 9

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Vorgesehener Termin für die Fertigstellung des Bauvorhabens ist September 2025.

Ein Lageplan mit einem Bestandsplan sowie die Machbarkeitsstudie werden den Bewerbern von Anfang an in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der Nachweis zur Berufsausübung des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens oder der Projektleitung ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder Diplomurkunde (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines

anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen

oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Nachweis Bauvorlageberechtigung nach Art. 61 Bayerische Bauordnung (BayBO)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Eigenerklärung über den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen: Umsatz (netto) im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre

Bei Bewerbergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft einzeln anzugeben.

Nachweis auf Verlangen der Vergabestelle durch Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers, mit einer Deckungssumme von mind. 1,0 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 1,5 Mio. EUR für sonstige Schäden. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall muss die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.

Die Deckung muss über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Bei einer ARGE muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherungsbestätigung ALLER ARGE-Mitglieder vorliegen (Mindestsummen sind von jedem ARGE-Mitglied vorzuweisen), wenn in der jeweiligen Bescheinigung der Passus enthalten ist, dass auch die Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften sowie das in diesem Zusammenhang bestehende Risiko aus der gesamtschuldnerischen Haftung und dem Insolvenzrisiko eines ARGE-Partners mitversichert ist. Eigenerklärungen diesbezüglich sind vorläufig ausreichend.

Bei Erteilung des Auftrags muss der gültige Versicherungsschein nachgereicht werden. Der Auftragnehmer / die ARGE ist verpflichtet, dem Auftraggeber jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweise gem. § 46 Abs. 3 VgV; entsprechende Formblätter werden mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt.

Der Nachweis der fachlichen Qualifikation der tatsächlichen Leistungserbringer im Auftragsfall oder des Inhabers/der Inhaberin oder der Führungskräfte des Unternehmens ist durch Vorlage der Berufszulassung (Nachweis Kammereintragung oder entsprechende Urkunde (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung) zu führen. Bewerber oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann,

a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen

oder

b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Eigenerklärungen über:

A.) das jährliche Mittel der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren Beschäftigten (Architekten/-innen, Ingenieuren/-innen, Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH, Master, Bachelor oder vergleichbare Berufszulassung)

B.) Referenzen (Die Angaben sind in den entsprechenden Formblättern "Bewerbungsbogen /Projektdatenblätter" zu machen):

Referenzportfolio Bewerber gesamt [Gebäude für Betreuung, insbesondere Kindergärten und Kinderkrippen (Sanierungen, Umbauten, Neubauten)] der letzten 10 Jahre, Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2 genannten Bewerbungsfrist (Hinweis: Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen) mit Angaben zu:

- Auftraggeber
- Art der Aufgabenstellung
- Art der Durchführung
- Erfahrungen mit Fördermitteln
- erbrachten Leistungen in den Leistungsphasen 2 - 8 im Leistungsbild Objektplanung Gebäude u. Innenräume (Angabe in Prozentpunkten)
- Größenordnung des Projekts: Projektkosten (KG200-700) ca. 3,2 Mio. EUR netto

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Referenzprojekte finden nur insoweit Berücksichtigung, als die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit /Inbetriebnahme) zwischen 01.01.2013 und dem Ablauf der unter IV.2.2.) genannten Bewerbungsfrist stattgefunden hat. Referenzprojekte können auch dann eingereicht werden, sofern nur Teilleistungen beauftragt wurden. Unabhängig davon ist die Fertigstellung (Bezugsfertigkeit/Inbetriebnahme) maßgebend für die Wertung eingereicherter Referenzen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Architekten und Ingenieure; Bayerische Bauordnung (BayBO) und Bayerisches Baukammerngesetz (BayBauKaG).

III.2.3.

Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 04/05/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Bewerber hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder

- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder

- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Einzelbewerber oder Arbeitsgemeinschaft (ARGE), gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter, Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer ARGE sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren.

Bewerbungen sind nur und ausschließlich auf den zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen zulässig. Teilnahmeanträge, für die nicht die zum Download gestellten Bewerbungsunterlagen/-formulare verwendet werden, werden ausgeschlossen.

Anfragen, Nachfragen etc. sind AUSSCHLIESSLICH nach der Registrierung über die Vergabepattform zu stellen.

DIE BIETERKOMMUNIKATION ERFOLGT AUSSCHLIESSLICH ÜBER DAS DEUTSCHE VERGABEPORTAL (DTVP), UM SICHERZUSTELLEN, DASS BIETER UND VERGABESTELLE ÜBER VERSANDTE NACHRICHTEN AUCH EINE E-MAIL-BENACHRICHTIGUNG ERHALTEN.

Das Formular "Teilnahmeantrag und Bewerbungsunterlagen" ist zwingend einzureichen, fehlt dieses ist die Bewerbung ganz auszuschließen.

Die Bewerbung selbst muss elektronisch über die Vergabepattform über das herunterzuladende Bietertool unter dem Reiter "Teilnahmeanträge" (NICHT als Nachricht oder per E-Mail) eingereicht werden. Bei dem Formular "Bewerbungsbogen" inkl. Anlagen handelt es sich um das Hauptformular der Bewerbungsunterlagen (dieser gilt für den Bewerber bzw. die ARGE insgesamt). Wenn und soweit die dort gemachten Angaben nicht vollständig oder falsch sind, geht dies zu Lasten des Bewerbers. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist (IV.2.2) nicht vorgelegt werden, bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern; die Bewerber haben keinen Anspruch darauf, dass der Auftraggeber von dieser Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht. Eine unvollständige Einreichung führt, wenn die Vergabestelle von der Nachforderungsmöglichkeit nicht Gebrauch macht, oder eine Nachforderung fruchtlos geblieben ist, zum Ausschluss aus dem Verfahren. Broschüren und weitere Unterlagen zur Vorstellung des Büros sind ausdrücklich nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt.

Eine Registrierung ist für den Download der Unterlagen nicht erforderlich. Es wird jedoch eine Registrierung auf der Vergabepattform empfohlen. Sollten Fragen zu den Bewerbungsunterlagen gestellt werden, so werden die Antworten hierauf in die Plattform eingestellt werden. Im Falle einer Registrierung bekommt der Bewerber eine Mitteilung hierüber, auch wenn Unterlagen geändert werden sollten. Ohne diese freiwillige Registrierung ist der Bewerber selbst dafür verantwortlich, sich zu informieren, ob es Änderungen oder Antworten gibt.

Fragen sind so rechtzeitig (spätestens jedoch 9 Kalendertage vor Fristablauf) zu stellen, sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung).

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Mittelfranken - Vergabekammer Nordbayern

Postanschrift: Promenade 27

Ort: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB), soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

03/04/2023